

Lkw-Maut auch auf einigen Bundesstraßen



Die Bundesregierung will die Lkw-Maut wohl doch auf einige Bereiche von Bundesstraßen ausweiten. Das Kabinett wird einen entsprechenden Gesetzentwurf noch in diesem Jahr beschließen, berichtet das Handelsblatt. Eine entsprechende Forderung hatten die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet schon seit längerem erhoben.

Ausweichen auf Landstraßen verhindern

Dem Zeitungsbericht zufolge sollen von der Abgabe rund 2000 Kilometer Bundesstraße betroffen sein – insbesondere Straßen in unmittelbarer Nähe der Autobahnen. GDBA und Transnet begrüßen eine solche Vorgehensweise. Nur so kann ein Ausweichen von Lastwagen von der Autobahn auf andere Straßen verhindert werden.

Beide Gewerkschaften hatten verlangt, die Maut auf allen Straßen zu erheben und sie auch für kleinere Lkw einzuführen. Ziel muss es sein, Güterverkehr von der Straße auf den umweltfreundlichsten Verkehrsträger, die Schiene, zu verlagern.

Überprüfung der Schienenprojekte ist Dokument der Mutlosigkeit

Verkehrsgewerkschaft GDBA und Transnet reagieren enttäuscht auf die Bedarfsplanüberprüfung für Schienen- und Straßenausbauprojekte. Der Bericht sei ein Dokument der Mutlosigkeit. Es fehle der Wille zu einer klaren Förderung der Schiene, kritisierte GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel

Dieser Wille sei aber aus klima- und beschäftigungspolitischen Gründen dringend geboten. Wir vermissen einmal mehr den echten Willen und den Mut zu einer verkehrspolitischen Perspektive, die sich von Beton und Asphalt löst“, so der Bundesvorsitzende der Verkehrsgewerkschaft GDBA.

Mit umfangreichem Zahlenmaterial werde „lediglich untermauert, dass man in der Verkehrspolitik so weiter machen will wie bisher“, so die Gewerkschafter. Sie erinnerten daran, dass Verkehrsminister Ramsauer zu Jahresbeginn angekündigt hatte, den gesamten Zuwachs des Güterverkehrs auf die Schiene holen zu wollen.

„Davon ist momentan nicht viel übrig geblieben.“ Eine entschiedene Förderung der Schiene sei allerdings aus klimapolitischen,

aber auch aus beschäftigungspolitischen Gründen „dringend geboten“. Kirchner und Hommel verwiesen auf eine Untersuchung, nach der Investitionen in die Schieneninfrastruktur wesentlich mehr Arbeitsplätze schaffen als Investitionen in die Straße.

Finanzierungssystem kritisch durchleuchten

Die beiden Gewerkschaftsvorsitzenden machten deutlich, dass hierzu auch die Option

gehöre, „das Finanzierungssystem noch einmal kritisch zu durchleuchten“. Zur Realisierung und Finanzierung umweltverträglicher Schienenprojekte könnten andere Verkehrsträger stärker herangezogen werden. Denkbar sei in diesem Zusammenhang eine Ausweitung und Anhebung der Lkw-Maut. Nötig sei insgesamt eine Verkehrspolitik der „nachhaltigen ökologischen Orientierung“.

